

# **Beschlussbuch**

## **Außerordentliche Mitgliederversammlung 2024**



**JUSOS MÜNSTER**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>A1</b> Solidarität im Einkaufskorb: Für ein deutsches Gewerkschaftslabel .....	1
<b>A2</b> Humanitäres Sondervermögen für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).....	3
<b>A3</b> Die Bahn als Rückgrat der Mobilität? Wo denn?.....	7
<b>A4</b> Gegen die Sprachlosigkeit: Antisemitismus bekämpfen, jüdisches Leben schützen, Leid anerkennen und Räume des Austauschs schaffen.....	10
<b>A5</b> Für die Erhöhung des Taschengeldes für Kinder und Jugendliche in Kinderheimen und ähnlichen Anstalten .....	14
<b>A6</b> Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend .....	16
<b>A7</b> Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort beenden!.....	21



## 1 **A1 Solidarität im Einkaufskorb: Für ein deutsches** 2 **Gewerkschaftslabel**

3 Nicht erst in den letzten Jahren lässt sich weltweit eine wachsende Besorgnis über  
4 Arbeitsbedingungen und faire Löhne beobachten. In Deutschland, wo die angebliche soziale  
5 Marktwirtschaft ein Kernbestandteil unserer Gesellschaft sein soll, müssen wir sicherstellen,  
6 dass die Rechte der Arbeitnehmer\*innen geschützt und gefördert werden. Ein  
7 Gewerkschaftslabel kann dabei eine entscheidende Rolle spielen. Es zeigt, dass Produkte und  
8 Dienstleistungen unter fairen und sicheren Arbeitsbedingungen hergestellt wurden. Diese  
9 Transparenz ermöglicht es den Verbraucher\*innen, bewusst Entscheidungen zu treffen und  
10 Unternehmen zu unterstützen, die sich für faire Arbeitspraktiken einsetzen.

11 Ein Blick in die Geschichte der USA zeigt, wie wirkungsvoll ein Gewerkschaftslabel sein kann.  
12 Bereits im Jahr 1880 führte die Cigar Makers' International Union das erste Union Label ein,  
13 um gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Arbeiter\*innen  
14 vorzugehen. Die Einführung des Union Labels in den USA führte zu einer stärkeren Solidarität  
15 unter den Arbeitnehmer\*innen und einer erhöhten Sichtbarkeit der Gewerkschaften.

16 Ein Gewerkschaftslabel ist ein Symbol oder eine Marke, die anzeigt, dass ein Produkt oder  
17 eine Dienstleistung von einem gewerkschaftlich organisierten Unternehmen hergestellt oder  
18 erbracht wurde. Unternehmen werden motiviert, sich stärker für faire Arbeitsbedingungen und  
19 die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften einzusetzen zu müssen, um das Gewerkschaftslabel  
20 zu erhalten. Ein Gewerkschaftslabel kann die Marktwirtschaft ein Stück sozialer machen.  
21 Gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitsrechtsexpert\*innen und anderen relevanten  
22 Akteur\*innen sollen klare Kriterien für die Vergabe des Labels entwickelt werden. Diese  
23 müssen regelmäßigen Überprüfungen und Aktualisierungen unterliegen. Eine umfassende  
24 Informationskampagne soll die Bekanntheit und Akzeptanz des Labels bei Verbraucher\*innen  
25 und Unternehmen fördern.

26 Die Entwicklung und Einführung eines Gewerkschaftslabels muss in enger Zusammenarbeit  
27 mit den Gewerkschaften, sowie mit Kammern und Verbänden stattfinden. Gewerkschaften  
28 sind wesentliche Partner bei der Definition der Kriterien und der Überwachung der Einhaltung.  
29 Langfristig soll das Gewerkschaftslabel gesetzlich verankert werden. Außerdem soll langfristig  
30 die Reichweite des Gewerkschaftslabel auf die gesamten Wertschöpfungsketten ausweiten,  
31 um Ausbeutung von Arbeiter\*innen, durch die Verlagerung von Produktionsstätten ins  
32 Ausland, ebenfalls zu bekämpfen. Dies könnte durch ein Gesetz zur Förderung fairer  
33 Arbeitsbedingungen und zur Stärkung der Gewerkschaften geschehen. Das Gesetz sollte die  
34 Rahmenbedingungen für die Vergabe des Labels festlegen und sicherstellen, dass die  
35 Kriterien regelmäßig überprüft und aktualisiert werden. Außerdem soll das Gesetz ein



36 Grundkonzept zur Kooperation der Bundesregierung mit Gewerkschaften in Partnerländern  
37 und den deutschen Auslandshandelskammern (AHK) vor Ort beinhalten.

38

39 **Wir fordern deshalb:**

- 40 • Die SPD soll sich aktiv für die Einführung eines bundesweit anerkannten  
41 Gewerkschaftslabels einsetzen.
- 42 • Eine klare gesetzliche Verankerung des Gewerkschaftslabels, um faire  
43 Arbeitsbedingungen und die Rechte der Arbeitnehmer\*innen zu schützen.
- 44 • Eine umfassende Informationskampagne zur Förderung der Bekanntheit und  
45 Akzeptanz des Gewerkschaftslabels bei Verbraucher\*innen und Unternehmen.



## 46 **A2 Humanitäres Sondervermögen für das Bundesministerium für** 47 **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

48 Angesichts der Kürzungen an Mitteln für das BMZ im von der Regierung beschlossenen  
49 Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025, die mögliche Neuverhandlungen des Haushaltsentwurfs  
50 aufgrund eine verfassungswidriger umwidmung von KfW-Mitteln, sowie die humanitären,  
51 wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen dieser Entscheidung für Deutschland und die  
52 Welt, wird die Gründung eines sog. humanitären Sondervermögens für das BMZ gefordert.

53

### 54 **Grundzüge**

55 Internationalismus ist ein Grundwert der Jusos. Das bedeutet, dass die Solidarität der Jusos  
56 über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschlands hinausgeht. Dazu gehört das  
57 Verantwortungsbewusstsein und das Engagement Deutschlands in der Welt zu fördern, um  
58 soziale Ungleichheiten, die sowohl Auslöser, als auch Konsequenz militärischer, humanitärer,  
59 sozialer und ökologischer Krisen sind, konsequent zu bekämpfen.

60 Ein weiterer Jusos-Grundwert ist der Feminismus. Seit dem Beginn der *Ampel*-Regierung gilt  
61 die „feministische Entwicklungszusammenarbeit“ als zentrale Richtlinie für die deutsche  
62 Entwicklungspolitik. Dabei werden humanitäre und entwicklungspolitische Vorhaben  
63 umgesetzt, die Gleichstellung fördern, sowie diskriminierende und unterdrückende Strukturen,  
64 von denen Frauen und Mädchen betroffen sind, bekämpfen.

65 Darüber hinaus sichert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) die wirtschaftliche und  
66 politische Stabilität der Bundesrepublik, Europas und der Welt. Die EZ hat positive  
67 Auswirkungen auf verschiedene Politikfelder, sowohl in Deutschland als auch im Partnerland.

68 Im humanitären Bereich leistet die deutsche EZ einen enormen Beitrag, um Millionen  
69 Menschen, die von Hungersnot oder Vertreibung bedroht oder betroffen sind,  
70 lebensnotwendiger Unterstützung zu gewährleisten. Dabei ist das Ziel, die Zuspitzung oder  
71 Wiederaufnahme von inner- oder zwischenstaatlichen Konflikten, sowie die zwangsweise  
72 Vertreibung von Menschen nach Europa zu vermeiden. Deutschland gilt im globalen Vergleich  
73 zu den größten Geldgeber an humanitären Hilfswerken. Zurzeit sind weltweit laut der UN 362  
74 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen: 18 Millionen im Sudan, 17 Millionen in  
75 Afghanistan, 15,4 Millionen in der Ukraine und 2,8 Millionen in Nigeria. Zusätzlich hat sich, laut  
76 dem UNHCR, von 2017 auf 2024 die weltweite Anzahl an gewaltsam vertriebenen Menschen  
77 auf 13 Millionen verdreifacht. Vom Hungertod sind allein im Südsudan 5 Millionen Menschen  
78 bedroht, darunter 4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Im Gazastreifen ist laut UN ca. jeder  
79 Vierte vom Hungertod bedroht (eine halbe Million).



80 Im Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktzusammenarbeit wird durch die deutsche EZ  
81 hochwertige berufliche und akademische Bildung in Partnerländern des BMZ gefördert. Das  
82 schafft sowohl faire Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort, als auch gut  
83 qualifizierte Fach- und Pflegekräfte, die in Deutschland dringend benötigt werden.  
84 Beispielsweise braucht der Pflegebereich und das Bauwesen dringend Fachkräfte, um in  
85 Deutschland jeweils bezahlbare Pflegedienstleistungen zu ermöglichen und mehr Wohnraum  
86 zu schaffen. Durch die Stärkung der jeweiligen Bildungssysteme in den Partnerländern wird  
87 ein *Brain-Drain-Effekt* vermieden: Zwar werden viele gut ausgebildete Fachkräfte nach  
88 Deutschland auswandern, dabei werden aber die meisten vor Ort bleiben und das  
89 Bildungswesen kann langfristig neue Fachkräfte ausbilden.

90 Das hat als weitere Auswirkung, dass sowohl die Wirtschaft im Partnerland, als auch die in  
91 Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Außerdem wird durch die deutsche EZ, in Form von  
92 nachhaltiger Verkehrs- (bspw. Radwege) und Energieinfrastruktur (grüner Wasserstoff) eine  
93 nachhaltige Transformation der Wirtschaft in den Partnerländern und der deutschen  
94 Lieferketten gefördert. Dadurch wird weltweit sowohl der Klimawandel bekämpft, als auch  
95 wirtschaftlicher Wohlstand geschaffen.

96 Abschließend sichert die EZ Deutschland ein positives Ansehen und dadurch  
97 außenpolitischen Einfluss in der internationalen Gemeinschaft. Dieser erlaubt es Deutschland  
98 durch Diplomatie Länder, insbesondere des globalen Südens, für sicherheits- und  
99 außenpolitische Vorhaben zu mobilisieren: von einer Abstimmung in der UN-  
100 Generalversammlung bis hin zu Friedensgipfeln bezogen auf aktuelle Konflikte.

101

102 Vor diesem Hintergrund braucht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
103 und Entwicklung mehr Mittel als im Kabinett-Haushaltsentwurf vorgesehen werden, um der  
104 o.g. Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und der internationalen Gemeinschaft  
105 durch Entwicklungszusammenarbeit nachzukommen.

106

## 107 **Konkrete Forderungen**

108 Laut dem am 05. Juli im Bundeskabinett beschlossenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2025,  
109 erhält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 10,3  
110 Milliarden Euro. Das ist 1 Milliarde weniger als der für dieses Jahr beschlossene Etat. Schon  
111 seit 2022 wurden die Mittel für das BMZ konstant gekürzt.

112 Dadurch setzt Deutschland Millionen Menschen in Lebensgefahr und riskiert seine eigene und  
113 die wirtschaftliche und politische Stabilität seiner Partnerländer. Dabei würden aufgrund



114 kultureller und wirtschaftlicher Strukturen vulnerable Gruppen, wie Frauen und Mädchen, von  
115 den Kürzungen stärker betroffen werden. Zu Recht kritisieren Hilfswerke diese Maßnahme und  
116 warnen vor den negativen Folgen dieser Entscheidung. Selbst zur Zeiten der Corona-  
117 Pandemie, die die größte Wirtschaftskrise seit dem Börsenabsturz von 1929, lag der BMZ-Etat  
118 bei über 12 Milliarden Euro.

119 Diese Kürzungen widersprechen auch dem Koalitionsvertrag der *Ampel*-Regierung in dem  
120 folgendes steht (siehe S. 117): „Deutschland wird den Aufwuchs der Mittel für humanitäre Hilfe  
121 bedarfsgerecht verstetigen und erhöhen, auch mit Blick auf die sogenannten 'vergessenen  
122 Krisen'“. Zu letzteren Krisen gehören u.a. der Konflikt im Sudan.

123

124 Unsere Forderungen sind:

125 • Die SPD-Bundestagsfraktion soll gemeinsam mit dem BMZ folgende  
126 Handlungsoptionen in Betracht ziehen und mindestens eine davon umsetzen:

127 a. im Rahmen der anstehenden Haushaltsdebatte, sowie angesichts höherer  
128 Steuereinnahmen vom Bund im ersten Halbjahr im Vergleich zum gleichen  
129 Zeitraum im Jahr davor, und der möglichen Neuverhandlung des  
130 Haushaltsentwurfs aufgrund verfassungswidriger Umwidmung von KfW-Mitteln;  
131 soll der entsprechende Entwurf überarbeitet werden, sodass Mittel  
132 verfassungskonform umverteilt werden, damit das BMZ den Bedarf für die  
133 Umsetzung der humanitären und entwicklungspolitischen Leistungen für 2025  
134 decken kann; und/oder

135 b. einen Gesetzentwurf zur langfristigen Finanzierung der benötigten humanitären  
136 und entwicklungspolitischen Leistungen unter dem Namen „Humanitäres  
137 Sondervermögen“ erarbeiten und verabschieden. Dies soll eine Alternative zur  
138 Lockerung der Schuldenbremse sein, um die jungen Generationen vor zu  
139 hohen Schulden und Zinszahlungen zu schützen.

140 (Ähnlich wie mit dem Bundeswehrfinanzierungs- und sondervermögensgesetz  
141 - BwFinSVermG)

142 • Dabei soll ein Fokus inhaltlich auf humanitäre Maßnahmen und Vorhaben der  
143 internationalen Bildungs- und Arbeitsmarktzusammenarbeit, und organisatorisch auf  
144 die Prüfung von Projektträgern in Konfliktzonen gelegt werden.

145 • Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit des BMZ, über unterschiedliche  
146 Projektträgern, mit Kammern, Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Stiftungen und  
147 Bildungseinrichtungen in der humanitären und entwicklungspolitischen  
148 Zusammenarbeit Deutschlands.



- 149
- 150
- Ein weiterer Schwerpunkt dieser Forderung ist eine strengere Trägerprüfung, sodass bereitgestellte Mittel künftig in sicheren Händen landen und effizient eingesetzt werden.



### 151 **A3 Die Bahn als Rückgrat der Mobilität? Wo denn?**

152 „Die Bahn muss in ganz Deutschland zum Rückgrat der Mobilität werden“. So steht es im  
153 Koalitionsvertrag der Ampelregierung. Doch wann kommt es endlich dazu?

154 Seit langem geht es der Bahn nicht gut. Ein Blick in die geplanten Maßnahmen im Bereich der  
155 DB ermutigt jedoch auch nicht. Es scheint nur weiter rückwärtszugehen, ob bei den Preisen,  
156 den Verbindungen oder auch den Arbeitsbedingungen.

157

#### 158 **ÖPNV für alle? Leider nicht!**

159 Nach den Verhandlungen zum Bundeshaushalt für 2025 ist klar: Das Deutschlandticket wird  
160 teurer. Das ist problematisch und muss verhindert werden. Bei Tickets für den ÖPNV muss es  
161 preislich nach unten gehen, nicht nach oben.

162 Im Sommer 2022 wurde mit dem 9-Euro-Ticket bewiesen, dass kostengünstiger ÖPNV  
163 durchaus möglich sein kann. Das Geld für eine Weiterführung fehlte aber und auch müsste  
164 mehr investiert werden, um die Kapazitäten der Bahn zu erhöhen, um der gestiegenen  
165 Nachfrage nachzukommen. Statt in den klimafreundlichen Verkehr mit hoher Nachfrage zu  
166 vermehrt zu investieren, um das Testprojekt 9-Euro-Ticket auf Dauer zu etablieren, wurde mit  
167 dem Deutschlandticket ein bundesweites ÖPNV-Ticket für 49 Euro eingeführt.

168 Im Vergleich zu früheren Ticketpreisen ist auch dies ein großer Schritt. So sind ca. 11,2  
169 Millionen Menschen in Deutschland monatliche Nutzende des Tickets und insgesamt konnte  
170 der ÖPNV einen Zuwachs von 8 Prozent verbuchen. Viele Menschen können die Mehrkosten  
171 von 49 Euro im Monat jedoch nicht stemmen.

172 Für uns ist klar: Um den Zuwachs bei dem ÖPNV zu erhöhen, muss es, neben weitreichenden  
173 Investitionen in die Sanierung der Bahn, zu einer Senkung des Preises für das  
174 Deutschlandticket kommen.

175 Doch die Pläne im Verkehrsministerium sehen anders aus. Hier soll es nicht zu einer Senkung,  
176 sondern zu einer Erhöhung des Ticketpreises kommen. Wie diese aussieht, ist bislang noch  
177 unklar und soll auf einer Minister\*innenkonferenz im Herbst festgelegt werden, die angepeilte  
178 Richtung ist aber ganz klar eine falsche.

179 Statt der Weiterfinanzierung des 49-Euro-Tickets, mit circa einer Milliarde (geschätzt vom  
180 VDV), will das FDP-geleitete Verkehrsministerium etwa weiter auf Dieselsubventionen mit  
181 geschätzten acht Milliarden Euro jährlich setzen, oder das Dienstwagenprivileg stärker



182 unterstützten. Bei letzterem soll ein Auto mit Elektroantrieb statt wie bislang bis zu 70.000  
183 Euro, bis zu 95.000 Euro kosten dürfen, um als Dienstwagen angeschafft werden zu können.  
184 Luxusautos innerhalb des Dienstwagenprivilegs sind eine enorme Zweckentfremdung des  
185 Konzeptes, die nun weiter gefördert wird. Im Gegensatz zu Firmenwagen lassen sich  
186 Dienstwagen auch privat nutzen. Viele Kosten, die bei der Nutzung anfallen, lassen sich dann  
187 vom Arbeitgeber finanzieren. Anschaffungskosten und Nutzungskosten werden dann vom  
188 Staat subventioniert. Eine Erleichterung solcher Kosten kann bei Menschen mit geringem  
189 Einkommen durchaus helfen; bei Luxusautos, die durch das Privileg starke  
190 Steuererleichterungen erhalten, ist dies aber irrsinnig.

### 191 **„Wer soll das denn bezahlen?“**

192 Das Narrativ, dass nicht genug Geld da ist, wird meist mit der Schuldenbremse begründet, die  
193 dafür sorgt, dass der Staat finanziell in seiner Handlung enorm eingeschränkt ist, was gerade  
194 in Krisenzeiten dazu führt, dass nötige Investitionen in soziale Auffangnetze nicht möglich  
195 scheinen. Mangelnde Investitionen führen hier zum weiteren Zerfall der gesamten  
196 Infrastruktur. Die Schuldenbremse als Zukunftsbremse muss überwunden werden, um den  
197 ÖPNV langfristig in den Vordergrund zu setzen. Außerdem gilt es weiterhin, das Steuersystem  
198 so umzugestalten, dass die Reichen endlich ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

199 Beim Thema Deutschlandticket ist das nötige Geld aber in zweierlei Hinsicht vorhanden. Nicht  
200 nur durch die Aufnahme von Schulden, sondern selbst trotz Lindners konsequenter Sparpolitik  
201 ist Geld da, für eine Finanzierung von kostengünstigem ÖPNV. Der Fokus liegt in der  
202 Ampelregierung und insbesondere bei Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hier nur  
203 scheinbar stärker auf fossilen Energien und Privilegien für Besserverdienende als auf  
204 Klimafreundlichkeit und dem Wohl der Allgemeinheit.

### 205 **Abbau, statt Aufbau?**

206 Die Bahn ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und fährt enorme Verluste ein. Zudem  
207 nutzen weniger Menschen als im Vorjahr das Angebot der Deutschen Bahn.

208 Dazu kommt, dass die Pünktlichkeit im Fernverkehr im ersten Halbjahr bei 62,7 Prozent lag.  
209 Das ist eine erhebliche Verschlechterung im Vergleich zum ersten Halbjahr 2023. Angepeilt  
210 war eine Quote von 70 Prozent. Wegen der erhöhten Schienenmaut droht neben höheren  
211 Ticketpreisen eine Streichung einiger IC-Verbindungen. Konkrete Pläne wurden jedoch noch  
212 nicht vorgelegt. Ein Ausbau des Schienenverkehrs ist weiterhin in Planung, aber die  
213 Umsetzung lässt zu wünschen übrig.



214 Unter diesen Umständen ist ein Rückgang von der Nutzung des Schienenverkehrs nicht  
215 verwunderlich - Bahnfahren wird nicht nur teurer, sondern auch eine pünktliche Ankunft und  
216 das Bestehen von Zugverbindungen ist unsicher.

### 217 **Milliardenverluste bei der Deutschen Bahn - jetzt Stellenstreichungen?**

218 In den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 kam es zu Verlusten von 1,2 Milliarden Euro.  
219 Gründe? Streiks, Extremwetter, Baustellen und eine schwächelnde Nachfrage, sagt die  
220 Deutsche Bahn. Lösung? Stellenstreichungen. Außerdem sollen in den kommenden Jahren  
221 rund 30.000 Vollzeitstellen entfallen, was fast 10% der Mitarbeitenden der Deutschen Bahn  
222 sind. Ganz nach dem Motto „mehr Bahn mit weniger Menschen“.

223 Das Ziel: Durch Digitalisierung und Automatisierung sollen etwa administrative Aufgaben von  
224 weniger Beschäftigten ausgeführt werden können und die Effizienz gesteigert werden.

225 Allerdings bedeuten diese Streichungen für zahlreiche Menschen auch mögliche  
226 Arbeitslosigkeit. Wir kritisieren die prekäre Lage für die Beschäftigten der Deutschen Bahn,  
227 aber auch die Umstände, unter denen Menschen in ganz Deutschland Bahn fahren

### 228 **Deshalb fordern wir:**

- 229 • Mittelfristig günstigere Ticketpreise, statt eine weitere Preiserhöhung; das  
230 Deutschlandticket muss günstiger werden!
- 231 • Langfristig den ticketlosen Nahverkehr für alle
- 232 • mehr Investitionen in die Bahn, sowohl durch Schuldenaufnahme als auch durch  
233 Prioritäten im Verkehrshaushalt
- 234 • Schluss mit dem Ausnutzen des Dienstwagenprivilegs für Luxusautos
- 235 • ein schneller, nachhaltiger Ausbau des Schienenverkehrs
- 236 • die Sicherung der beruflichen Situation von Beschäftigten der Deutschen Bahn



237 **A4 Gegen die Sprachlosigkeit: Antisemitismus bekämpfen,**  
238 **jüdisches Leben schützen, Leid anerkennen und Räume des**  
239 **Austauschs schaffen**

240 Am 7. Oktober 2023 griff die Hamas Israel mit dem größten Pogrom auf Jüd\*innen seit der  
241 Shoah an. Seitdem ist die Zahl antisemitischer Vorfälle weltweit immens gestiegen, auch in  
242 Deutschland. Antisemitische Verschwörungsfantasien erleben ein erneutes gesellschaftliches  
243 Hoch. Dabei wird häufig vergessen: Antisemitismus war nie verschwunden. Er tritt immer  
244 wieder besonders in Erscheinung, wenn Gesellschaften Veränderung und Verunsicherung  
245 spüren und dient als Motiv der Gegenreaktion auf die Moderne. Wann immer Menschen  
246 einfache Lösungen auf gesellschaftliche Probleme suchen, sorgen tief verinnerlichte  
247 antisemitische Einstellungen für eben diese einfachen Antworten, indem antisemitische  
248 Narrative bedient werden. Es ist ein Motiv, das gerade deshalb so gefährlich ist, weil es in  
249 bürgerlichen, religiösen, linken und rechten Kreisen geteilt wird.

250

251 Insbesondere Hochschulen standen in den vergangenen Monaten im Mittelpunkt, wenn es um  
252 Antisemitismus ging. Auch in Münster gab es Veranstaltungen und Aktionen von Gruppen, die  
253 gezielt antisemitische Narrative in den akademischen und wissenschaftlichen Diskurs  
254 brachten. Diese Gruppen nutzen antisemitische Stereotype und übertragen sie auf Israel, um  
255 den Staat an sich zu dämonisieren, auch mit Forderungen nach der Auslöschung des einzigen  
256 Schutzraums jüdischen Lebens. Dazu kommen vermehrt verbale und körperliche Angriffe auf  
257 Jüd\*innen.

258

259 *Antisemitische Symbole unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit*

260 Bei der sogenannten *Langen Nacht der Bildung* der Fachschaften Politikwissenschaft und  
261 Soziologie der Universität Münster wurden vom AStA mehrere antisemitische Aussagen  
262 dokumentiert. Darüber hinaus tauchten in den vergangenen Wochen vermehrt Sticker in  
263 Münster auf, die Israel als Kindermörder dämonisieren, was einem klassischen  
264 antisemitischen Stereotyp entspricht. In anderen Städten markierten Gruppen Räume mit dem  
265 umgedrehten Dreieck, das ein Symbol der Hamas zur Markierung ihrer Gegner ist und schon  
266 im Nationalsozialismus für die Markierung der todgeweihten Insassen der Konzentrationslager  
267 genutzt wurde. In den vergangenen Monaten wurde es immer wieder auf die Wände  
268 israelischer Restaurants, an die Büros von Antisemitismusforscher\*innen oder Politiker\*innen  
269 gesprüht.



270 Solche und viele weitere Vorfälle sorgen dafür, dass sich jüdische Studierende an  
271 Hochschulen nicht mehr sicher fühlen. Teilweise trauen sich Jüd\*innen nicht mehr in  
272 Vorlesungen oder verstecken ihre jüdische Identität bewusst. Als Jusos nehmen wir es niemals  
273 hin, dass sich jüdische Studierende und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, in  
274 Münster bedroht fühlen. Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis jüdischer Menschen an den  
275 Hochschulen ernst und sind laut, wenn es zu solchen verbalen und nonverbalen  
276 Ausschreitungen kommt.

277

### 278 *Räume des Austauschs schaffen*

279 Gleichzeitig ist das menschliche Leid im Gaza-Krieg unermesslich, die Perspektive auf Frieden  
280 im Nahen Osten scheint in weite Ferne gerückt und die Diskussion darüber noch weiter  
281 verhärtet. Stimmen, die abwägen, Versöhnung und Zukunftsperspektiven schaffen, werden  
282 noch seltener gehört. Unser Anspruch als Jusos muss es aber sein, dass wir dem großen Leid  
283 der israelischen Geiseln, ihren Angehörigen, den Opfern und ihren Hinterbliebenen und den  
284 unter dem Krieg leidenden Menschen in Gaza Raum geben. Nuancierte Positionen, die  
285 Ambivalenzen, lange historische Entwicklungslinien und Emotionen anerkennen, werden im  
286 Diskurs kaum beachtet. Das bedeutet, dass wir diese Räume auch gegen laute,  
287 unversöhnliche Akteur\*innen verteidigen müssen. Mit all dem geht es Gruppen wie *Palästina*  
288 *Antikolonial* oder *Students For Palestine* nicht um eine Solidarität der unter dem Krieg  
289 leidenden Zivilbevölkerung oder um den dringend notwendigen Dialog über eine friedliche  
290 Koexistenz in Israel und Palästina. Vielmehr ist es unsere Pflicht, immer wieder darauf  
291 hinzuweisen, dass einige dieser Gruppen aus Staaten wie Syrien oder dem Iran Mittel erhalten  
292 und den konkreten politischen Interessen dieser Staaten folgen (mehr dazu u.a. hier:  
293 <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/samidoun-tarnung-fuer-terror-106121/>). Wir setzen  
294 uns daher dafür ein, dass Gruppen, die Antisemitismus verbreiten, an der Uni und anderswo  
295 keinen Platz bekommen.

296 Stattdessen wollen wir, dass es Räume gibt, um sich über Zukunftsperspektiven für Israelis  
297 und Palästinenser\*innen austauschen und verschiedene Perspektiven einbeziehen. Auch  
298 müssen wir unsere antisemitismuskritische Arbeit weiterführen und uns aktiv mit lokalen und  
299 überregionalen Akteur\*innen vernetzen. Insbesondere die Jüdische Gemeinde, Studierenden-  
300 und Hochschulgruppen, Antisemitismus-Meldestellen, Antisemitismusbeauftragte oder  
301 Bildungsträger zählen dazu. Das kann im Rahmen gemeinsamer öffentlicher Veranstaltungen,  
302 internen Vernetzungstreffen oder im Rahmen des Austauschs an kulturell bedeutenden Tagen  
303 erfolgen. Die Kooperation sollte nicht nur kurzfristig erfolgen, sondern auf eine langfristige  
304 Zusammenarbeit ausgerichtet sein. Nicht nur nach außen wollen wir sichtbar für ein sicheres



305 jüdisches Leben in Münster kämpfen, auch intern wollen wir für Empowerment von Jüd\*innen  
306 sorgen, indem wir ihnen einen sicheren Raum bieten.

307

308 *Verantwortung übernehmen, jeden Antisemitismus reflektieren und bekämpfen*

309 Der Austausch über Antisemitismus ist im Rahmen des wiederaufflammenden Nahostkonflikts  
310 zu einer besonderen Herausforderung geworden, weil sich in der öffentlichen Debatte  
311 besonders die lauten Stimmen zeigen. Anstatt einer Sprachlosigkeit und leiser Betroffenheit  
312 wollen wir uns weiterbilden. Als Jusos erkennen wir dabei an, dass ganz unterschiedliche  
313 Sozialisierungen Antisemitismus hervorbringen können. Die Antisemitismus-Arbeitsdefinition  
314 der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) ist eine fundierte Grundlage für  
315 unsere politische Positionierung, sie ist international und wissenschaftlich anerkannt.

316

317 Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass  
318 gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder  
319 Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen  
320 jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

321

322 Als Erklärung schreibt die IHRA:

323 Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei  
324 als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an  
325 anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus  
326 umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete  
327 Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der  
328 Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen,  
329 er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

330

331 Mit diesem Antrag bekräftigen wir, dass die IHRA-Arbeitsdefinition unser Handeln leitet. Unser  
332 Anspruch ist es weiterhin, auf den Antisemitismus anderer Gruppen und der Öffentlichkeit  
333 gemäß dieser Arbeitsdefinition hinzuweisen. Wir übernehmen diese Verantwortung für diesen  
334 gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus, auch wenn er ungemütlich ist, weil er  
335 andere linke Gruppen betrifft. Dabei ist uns stets bewusst, dass wir aufgrund der deutschen  
336 nationalsozialistischen Geschichte eine besondere Verantwortung tragen und setzen uns für  
337 eine konsequente Aufarbeitung ein. Dabei stellen wir uns gegen rechte Narrative, die den



338 Fokus auf einen "importierten Antisemitismus" lenken wollen. Wir wollen alle Formen des  
339 Antisemitismus klar benennen und bekämpfen.

340

341 Zusammengefasst:

342 • Raumnahme unterbinden: Wir stellen uns deutlich gegen die strategische Raumnahme  
343 von Gruppen, die antisemitische Symbole und Narrative verbreiten.

344 • Jüd\*innen schützen: Wir fordern ein Leben frei von Angst vor verbaler und nonverbaler  
345 Gewalt für jüdische Menschen. Besonders an den Hochschulen Münsters.

346 • Perspektiven einbeziehen: Wir wollen jüdische Perspektiven in unserer Arbeit aktiv  
347 empowern, indem wir ihnen einen sicheren Raum bieten

348 • Austausch verstärken: Wir wollen unseren eigenen Austausch mit der jüdischen  
349 Gemeinde und den lokalen und überregionalen jüdischen Selbstorganisationen  
350 vertiefen.

351 • Antisemitismus erkennen: Wir wollen mit unserer Bildungsarbeit die Facetten des  
352 Antisemitismus immer wieder kennenlernen, um ihn aktiv bekämpfen zu können.

353 • Dialog pflegen: Wir setzen uns für einen Dialog ein, der das Leid der Israelis und  
354 Palästinenser\*innen mit dem Ziel einer friedlichen Koexistenz im Nahen Osten  
355 einbezieht.



## 356 **A5 Für die Erhöhung des Taschengeldes für Kinder und Jugendliche** 357 **in Kinderheimen und ähnlichen Anstalten**

358 Kinder und Jugendliche in Kinderheimen haben, wie alle anderen Kinder und Jugendlichen  
359 auch, ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das derzeitige Taschengeld  
360 reicht oft nicht aus, um ihnen die Möglichkeit zu geben, am sozialen und kulturellen Leben  
361 teilzunehmen, kleine persönliche Wünsche zu erfüllen oder eigene finanzielle Verantwortung  
362 zu erlernen. Die Situation ist prekär und dass, obwohl der Taschengeldsatz am 01.01.2024  
363 erhöht wurde. Im Moment ist das so geregelt, dass die Höhe des Taschengeldes sich nach  
364 dem Alter der Kinder richtet. Eine Tabelle mit den aktuellen Zahlen wurde angefügt.

365 Im Folgenden werden Gründe genannt, warum die Taschengelderhöhung eine enorm  
366 wichtige Entscheidung ist:

367 Eine Erhöhung des Taschengeldes würde ihnen mehr finanzielle Freiheit und  
368 Unabhängigkeit ermöglichen. Dies ist besonders wichtig für ihre persönliche Entwicklung und  
369 das Erlernen eines verantwortungsvollen Umgangs mit Geld. Kinder in Heimen sollten die  
370 gleichen Möglichkeiten haben wie die Kinder, die in Familien leben. Ein angemessenes  
371 Taschengeld würde dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und die Integration in  
372 die Gesellschaft zu fördern.

373 Des Weiteren sollten die Taschengeldbeträge jährlich an die Inflation angepasst werden, um  
374 die Kaufkraft zu erhalten. Dies ist eine notwendige Maßnahme, um sicherzustellen, dass die  
375 Kinder und Jugendlichen stets den gleichen finanziellen Spielraum haben.

376 Die Lebenshaltungskosten steigen kontinuierlich. Kinder und Jugendliche in Heimen haben  
377 oft eingeschränkte Möglichkeiten, ihre eigenen finanziellen Mittel zu verwalten. Ein  
378 angemessenes Taschengeld ist notwendig, um ihnen ein Stück Selbstständigkeit und  
379 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

380 Zusätzlich sollten Kinderheime mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um  
381 pädagogische und soziale Aktivitäten für die Kinder und Jugendlichen zu fördern. Dies trägt  
382 zu ihrer ganzheitlichen Entwicklung bei und stärkt ihre sozialen Kompetenzen.

383 Abschließend fordern wir ein transparentes und regelmäßiges Verfahren zur Überprüfung  
384 und Anpassung der Taschengeldbeträge, um sicherzustellen, dass diese stets den aktuellen  
385 Bedürfnissen und Lebenshaltungskosten entsprechen.

386 Forderung:



387 Das Taschengeld der Kinder und Jugendlichen muss erhöht werden. Es muss jährliche  
388 Anpassungen des Taschengeldes an die Inflation geben. Zudem müssen  
389 zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um pädagogische und soziale  
390 Aktivitäten zu ermöglichen. Außerdem muss es eine Einführung eines transparenten  
391 Verfahrens zur regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Taschengeldbeträge in  
392 Kinderheimen geben.

393 Anhang:

394 Die folgende Übersicht zeigt die finanziellen Beträge, die für verschiedene Altersstufen in NRW  
395 vorgesehen sind:

- 396 • **Stufe 1:** Vom Beginn des 5. Lebensjahres bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (4  
397 und 5 Jahre) beträgt der Betrag **7,30 Euro**.
  - 398 • **Stufe 2:** Im 7. Lebensjahr (6 Jahre) erhält man **13,70 Euro**.
  - 399 • **Stufe 3:** Im 8. Lebensjahr (7 Jahre) beträgt der Betrag **20,30 Euro**.
  - 400 • **Stufe 4:** Im 9. Lebensjahr (8 Jahre) erhält man **27,60 Euro**.
  - 401 • **Stufe 5:** Vom Beginn des 10. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres (9 und 10  
402 Jahre) beträgt der Betrag **34,10 Euro**.
  - 403 • **Stufe 6:** Im 12. Lebensjahr (11 Jahre) erhält man **40,90 Euro**.
  - 404 • **Stufe 7:** Im 13. Lebensjahr (12 Jahre) beträgt der Betrag **47,90 Euro**.
  - 405 • **Stufe 8:** Im 14. Lebensjahr (13 Jahre) erhält man **54,60 Euro**.
  - 406 • **Stufe 9:** Im 15. Lebensjahr (14 Jahre) beträgt der Betrag **72,60 Euro**.
  - 407 • **Stufe 10:** Im 16. Lebensjahr (15 Jahre) erhält man **79,60 Euro**.
  - 408 • **Stufe 11:** Im 17. Lebensjahr (16 Jahre) beträgt der Betrag **94,50 Euro**.
  - 409 • **Stufe 12:** Im 18. Lebensjahr (17 Jahre) erhält man schließlich **101,40 Euro**.
- 410

411 Diese Beträge spiegeln die finanzielle Unterstützung wider, die in den jeweiligen Altersstufen  
412 bereitgestellt wird. (siehe: [RS Nr. 34/2023: Anpassung der Barbeträge \(Taschengeld\) nach §](#)  
413 [39 Abs. 2 SGB VIII - LWL | Neues - LWL-Landesjugendamt](#))



## 414 **A6 Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der** 415 **Jugend**

416 Pistorius stellte im Juni 2024 ein neues Wehrdienstmodell vor. Geplant ist, dass künftig alle  
417 wehrfähigen Männer und Frauen einen Fragebogen zu ihrer Haltung zur Bundeswehr  
418 zugesandt bekommen. Nur die angeschriebenen Männer müssen diesen Fragebogen  
419 verpflichtend beantworten und sich im Falle einer Einladung auch einer Musterung stellen. Das  
420 Ableisten des neuen sechsmonatigen Grundwehrdienstes ist den Plänen zufolge zunächst  
421 freiwillig. Mit dem Wiederaufbau der vor 13 Jahren ausgesetzten Erfassung von Wehrfähigen  
422 macht Pistorius einen ersten Schritt in Richtung einer möglichen Wiedereinführung der  
423 Wehrpflicht. Bei der Vorstellung seiner Pläne betonte der Minister wiederholt, dass mittelfristig  
424 eine Regelung vorgesehen ist, die es erlaubt, junge Menschen auch gegen ihren Willen  
425 einzuziehen. Mit seinen Überlegungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stößt Pistorius  
426 keine neue Debatte an. Bereits seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die einer  
427 Abschaffung von Wehr- und Zivildienst gleichkam, plädieren diverse Politiker\*innen für ihre  
428 Rückkehr. Die Diskussion beschränkt sich dabei nicht nur auf den Dienst bei der Bundeswehr,  
429 sondern umfasst auch Überlegungen zur Einführung eines sozialen Pflichtjahres. Viele  
430 Befürworter\*innen argumentieren, dass eine allgemeine Dienstpflicht zur Stärkung der  
431 Bundeswehr, des Katastrophenschutzes und Rettungsdiensten beitragen sowie soziale  
432 Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen unterstützen könnte. Erst im Sommer 2022  
433 entfachte Bundespräsident Steinmeier mit seiner Forderung nach einer „sozialen Pflichtzeit“  
434 eine breite Diskussion und auch die CDU setzt sich jetzt sogar in ihrem neuen  
435 Grundsatzprogramm für ein „Deutschland-Jahr“ ein, das sowohl militärische als auch zivile  
436 Dienste umfassen würde. Klar ist, dass weder das vorgeschlagene Wehrdienstmodell noch  
437 eine allgemeine Wehrpflicht strukturelle Probleme wie den Fachkräftemangel, die mangelhafte  
438 Modernisierung sowie die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der Bundeswehr lösen können.  
439 Wieder einmal wird die Verantwortung für politische Versäumnisse auf die Schultern junger  
440 Menschen abgewälzt.

441

### 442 **Eine Dienstpflicht löst den Fachkräftemangel nicht**

443 Angesichts des gravierenden Personalmangels in verschiedenen Bereichen sehen viele  
444 Befürworter\*innen die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen als wichtige  
445 Maßnahme, um personelle Engpässe auszugleichen. Dies betrifft nicht nur die Bundeswehr,  
446 sondern auch Bereiche wie das Gesundheitswesen, die ebenfalls unter akutem  
447 Personalmangel leiden. Dabei kann der Mangel sowohl im Gesundheitssystem als auch in der  
448 Bundeswehr nicht durch Schulabgänger\*innen gelöst werden, da es sich in beiden Bereichen



449 vor allem um einen Mangel an hochqualifizierten Fachkräften handelt. In der Bundeswehr  
450 herrscht insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen ein Mangel an Fachkräften. Dazu  
451 zählen unter anderem Ingenieur\*innen, Spezialist\*innen für die Reparatur von  
452 Kampfhubschraubern sowie IT-Fachkräfte, die Computernetzwerke betreuen und moderne  
453 Fernmeldetechnik warten können. Im Bereich der Cyberabwehr sind besonders hohe  
454 Spezialisierungen erforderlich. Aufgrund der Komplexität moderner Ausrüstungen und  
455 Waffensysteme sind Wehrpflichtige nicht ausreichend qualifiziert, um den Personalmangel in  
456 der Bundeswehr auszugleichen. Wer behauptet, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht  
457 die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken könnte, lenkt von den eigentlichen Problemen  
458 ab. Darüber hinaus müssten für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht die  
459 Ausbildungsstrukturen völlig neu aufgebaut werden. Um wieder große Gruppen von  
460 Wehrdienstleistenden auszubilden, müssten komplett neue organisatorische  
461 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kasernen müssten neu gebaut oder erweitert,  
462 zusätzliche Ausbilder\*innen eingestellt und große Mengen militärischer Ausrüstung beschafft  
463 werden. Der Aufwand und die finanziellen Mittel, die mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen  
464 verbunden wären, stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen. Eine Wehrpflicht für wenige kann  
465 hingegen im Sinne der Wehrgerechtigkeit keine Alternative darstellen. Die Entscheidung  
466 darüber, wer ein halbes Jahr für die Bundeswehr dienen muss, sollte nicht dem Zufall oder  
467 einer Losentscheidung überlassen werden.

468

#### 469 **Deshalb fordern wir:**

- 470 • Rücknahme des vorgeschlagenen Wehrdienstmodells
- 471 • Spezifische Maßnahmen zur Anwerbung und Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte,  
472 insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen wie IT, Cyberabwehr, und Technik

473

#### 474 **Bessere Arbeitsbedingungen für eine stärkere Bundeswehr**

475 Wie bereits dargestellt hat die Bundeswehr einen erheblichen Fachkräftemangel. Besonders  
476 Berufe wie Techniker\*innen und Ingenieur\*innen sind schwer zu besetzen, da die Industrie  
477 häufig attraktivere Arbeitsbedingungen bietet. Dort finden Fachkräfte nicht nur bessere  
478 Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, sondern auch allgemein bessere Arbeitsbedingungen.  
479 Insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei  
480 Kinderbetreuungsstrukturen kann die Bundeswehr nicht mithalten. Dies ist besonders  
481 nachteilig für Frauen, da sie häufig stärker von der Notwendigkeit flexibler Arbeitszeiten und  
482 einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie betroffen sind. Viele Soldat\*innen beklagen  
483 zudem Überstunden, die sich über mehrere Wochen summieren. Solche belastenden  
484 Arbeitsbedingungen führen dazu, dass zahlreiche Soldat\*innen vorzeitig aus dem Dienst



485 ausscheiden. Zudem haben sich die Wege zu den Arbeitsorten der Bundeswehr erheblich  
486 verlängert. In den vergangenen Jahrzehnten wurden viele Kasernen geschlossen, wodurch  
487 die Bundeswehrstandorte oft weit von den Wohnorten der Soldat\*innen entfernt liegen. Viele  
488 von ihnen müssen jedes Wochenende hunderte Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu  
489 gelangen. Auch bestehen trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiterhin  
490 Probleme bei der Bundeswehr in Bezug auf Material und Finanzen. Viele  
491 Bundeswehrkasernen sind in schlechtem Zustand, haben häufig nicht einmal funktionierendes  
492 WLAN, und ein großer Teil der Ausrüstung ist defekt.

493 **Daher fordern wir:**

- 494 • Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsmodelle
- 495 • Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einschließlich besserer  
496 Kinderbetreuungsstrukturen
- 497 • Investitionen in die Renovierung und den Ausbau von Kasernen
- 498 • Bessere Ausrüstung für Soldat\*innen

499

## 500 **Rechtsextremismus bekämpfen und demokratische Werte stärken**

501 Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist, dass sie die  
502 Bundeswehr repräsentativer aufstellen und weniger anfällig für verfassungsfeindliche  
503 Bestrebungen machen würde. Diese Annahme ist nicht grundsätzlich falsch. Tatsächlich  
504 sprechen die hierarchischen Strukturen der Bundeswehr, das Konzept der "Kameradschaft"  
505 und das Militärische im Allgemeinen eher autoritär oder extremistisch denkende Menschen an.  
506 Wer jedoch die Wehrpflicht als alleinige Lösung betrachtet, verkennt die tatsächliche Lage. Zu  
507 lange wurden innerhalb der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums  
508 strukturelle Probleme als "Einzelfälle" abgetan, und notwendige Reformen wurden  
509 aufgeschoben. Erst nach einer Vielzahl von "Einzelfällen" und dem Verschwinden erheblicher  
510 Munitionsmengen wächst die Sensibilität für dieses Thema innerhalb der Bundeswehr, was  
511 sich beispielsweise an der verstärkten Nutzung von Meldestellen zeigt. Neben der inneren  
512 Verantwortung der Bundeswehr, keinen Raum für Rechtsextremismus zu lassen, stellt sich  
513 auch die Frage nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Rolle. Gerade der russische Angriffskrieg  
514 gegen die Ukraine hat die Bedeutung des Militärs als Verteidiger der Demokratie wieder  
515 stärker in den Fokus gerückt. Wünschenswert wäre, dass das von der Zeitenwende  
516 ausgehende Umdenken dazu führt, dass die Bundeswehr nicht durch eine Faszination für  
517 Waffen, Kameradschaft und übertriebenen Nationalismus attraktiv wird, sondern weil sie  
518 essentiell ist, um demokratische Staaten und ein friedliches Europa vor autoritären Kräften zu  
519 verteidigen. Das kann die Bundeswehr jedoch nur leisten, wenn sie auch intern vor diesen  
520 Kräften geschützt ist. Im klaren Widerspruch zu diesem Verständnis von republikanischer



521 Landesverteidigung stehen die aktuell öffentlich gewordenen Ergänzungen des  
522 Traditionserlasses der Bundeswehr von 2018. Ehemalige NSDAP-Mitglieder, ein „Fliegerass“  
523 der Luftwaffe oder der erfolgreichste U-Boot-Kapitän des II. Weltkrieges können auch nach  
524 der Zeitenwende keine unkritisch positiven Traditionslinien der Bundeswehr sein. Das Bild  
525 einer die Demokratie und Freiheit schützenden Bundeswehr muss sie deshalb auch nach  
526 außen transportieren und bei der Rekrutierung leben.

527 Wir fordern daher:

- 528 • Ausweitung der bereits verpflichtenden Schulungen zu demokratischen Werten und  
529 Anti-Extremismus auf alle Dienstgrade und Einsatzgebiete. Dabei sollten auch  
530 regelmäßige Auffrischkurse eingeführt werden
- 531 • Ausbau der anonymen Meldesysteme, um eine noch niedrigschwelligere und sicherere  
532 Möglichkeit für Meldungen zu bieten
- 533 • Förderung der Bekanntheit dieser Meldesysteme innerhalb der Bundeswehr durch  
534 Informationskampagnen
- 535 • Überarbeitung der Rekrutierungsverfahren, um sicherzustellen, dass Bewerber\*innen  
536 gründlich auf rechtsextremistische Neigungen überprüft werden
- 537 • Umfassendere Untersuchung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Vorfälle  
538 innerhalb der Bundeswehr
- 539 • Die Überarbeitung des Traditionserlasses der Bundeswehr, um sie als republikanische  
540 Parlamentsarmee zu stärken

541

## 542 **Freiwilliges Engagement statt Zwangsdienst**

543 Soziales Engagement ist zweifellos bereichernd und kann sowohl den gesellschaftlichen  
544 Zusammenhalt als auch die Demokratie stärken. Dies kann jedoch nicht durch Zwang erreicht  
545 werden. Abgesehen davon, dass ein soziales Pflichtjahr gemäß der Verfassung als  
546 Zwangsdienst verboten ist und nur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht werden  
547 könnte, würde ein verpflichtendes soziales Jahr einen tiefen Einschnitt in die persönliche  
548 Freiheit und Lebensplanung junger Menschen darstellen. Freiwilliges Engagement motiviert  
549 durch persönliche Überzeugung und das Bewusstsein für gesellschaftliche Verantwortung  
550 trägt wesentlich mehr zur Förderung des Gemeinwohls bei. Junge Menschen, die sich aus  
551 eigenem Antrieb sozial engagieren, entwickeln ein nachhaltiges Verständnis für soziale  
552 Belange und tragen langfristig zu einer solidarischeren und demokratischeren Gesellschaft  
553 bei. Ein erzwungenes soziales Pflichtjahr hingegen könnte zu Widerstand und Ablehnung  
554 führen, wodurch der eigentliche Zweck des Engagements – nämlich die Stärkung des  
555 Gemeinschaftsgefühls und der demokratischen Werte – konterkariert würde. Zudem ist Zwang  
556 gar nicht nötig, um junge Menschen davon zu überzeugen, sich zu engagieren, denn sie



557 bringen sich weit mehr ein als andere Altersgruppen. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum  
558 zeigte, dass zwei Drittel der jungen Menschen ehrenamtlich aktiv sind. Jedes Jahr gibt es mehr  
559 Bewerber\*innen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den Bundesfreiwilligendienst, als  
560 angenommen werden können. Es braucht also keinen Zwang, sondern vor allem eine  
561 Erweiterung des Angebots an Freiwilligendiensten. Dies ist besonders relevant, da erst dieses  
562 Jahr die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt wurden, was zu einem großen Aufschrei von  
563 Freiwilligendienstveranstaltern führte und sogar eine Petition nach sich zog. Eine bessere  
564 finanzielle Ausstattung und Unterstützung dieser Programme wäre ein sinnvoller Schritt, um  
565 das freiwillige Engagement junger Menschen zu fördern und den gesellschaftlichen  
566 Zusammenhalt zu stärken. Auch sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie  
567 Freiwilligendienste attraktiver gemacht werden können, bevor über die Einführung eines  
568 Pflichtjahrs gesprochen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei finanzielle Aspekte. Die  
569 derzeitigen rund 400 Euro pro Monat sind unzureichend für die Finanzierung eines Dienstes,  
570 insbesondere da in der Regel weder Unterkunft noch Fahrtkosten übernommen werden. Das  
571 führt dazu, dass sich viele junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen ein FSJ  
572 entscheiden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung wäre ein entscheidender Schritt,  
573 um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation die  
574 Möglichkeit haben, sich zu engagieren. Nur so kann die Teilnahme an Freiwilligendiensten  
575 wirklich attraktiv und zugänglich gemacht werden.

576

577 **Wir fordern daher:**

- 578 • Ausbau der Kapazitäten für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige  
579 Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD)
- 580 • Anhebung der monatlichen Vergütung für Freiwilligendienste auf den Mindestlohn
- 581 • Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Organisationen die  
582 Freiwilligendienste durchführen
- 583 • Vertragliche Sicherstellung, dass Freiwilligendienstleistende keine Aufgaben von  
584 Fachkräften übernehmen müssen, für die sie nicht qualifiziert und/oder nicht  
585 ausreichend bezahlt sind
- 586 • Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anerkennung von Freiwilligendiensten  
587 durch Zertifikate und Vorteile bei der Bewerbung um Ausbildungs- und Studienplätze
- 588 • Ausbau der Informationsangebote über Freiwilligendienste, z.B. an Schulen



## 589 **A7 Die Diskussion um Grenzkontrollen zu Deutschland sofort** 590 **beenden!**

591 Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaften in Deutschland gab es für Einreisende  
592 Grenzkontrollen. Nun bezeichnen Politiker\*innen die Grenzkontrollen als vollen Erfolg als  
593 Mittel gegen illegale Migration und Forderungen aus vielen Ecken werden laut, diese  
594 beizubehalten. Das diese Debatte nicht nur rassistisch, sondern auch kein sinnvolles Mittel ist,  
595 ist für uns Jusos klar!

596 Die Debatte, von unter anderem auch SPD, Grenzkontrollen jetzt als wirksames Mittel  
597 einsetzen zu wollen, ist rein populistisch motiviert um im rechten Spektrum Wähler\*innen  
598 abzufischen. Das alles passiert unter dem Deckmantel von Sicherheitsbedenken. Wer  
599 ernsthaft denkt, durch Grenzkontrollen zu Deutschland illegale Migration bekämpfen zu  
600 können, verrät entweder nur sein eigenes Unverständnis von globaler Politik oder zeigt seine  
601 rassistische Weltanschauung. Denn klar ist, die Migration an sich und vor allem  
602 Fluchtursachen werden durch Grenzkontrollen nicht bekämpft. Wenn ein Mensch flüchtet, wird  
603 damit ein eh schon hohes Sicherheitsrisiko in Kauf genommen. Die Entscheidung, in die EU  
604 zu flüchten, ist also schon gefallen. Durch Grenzkontrollen wird sich diese Entscheidung dann  
605 auch nicht mehr ändern lassen. Was allerdings passiert, ist das man die Gefahr für Geflüchtete  
606 auf ihrer Fluchtroute verstärkt. Denn wenn bekannt ist, das an den Grenzen zu Deutschland  
607 kontrolliert wird, erhöht man damit die Gefahr, dass Geflüchtete sich an Schmuggler\*innen und  
608 Schleuser\*innen wenden, um auf unscheinbarer, womöglich sehr gefährlichen Routen nach  
609 Deutschland zu kommen.

610 Auch bedient die Forderung nach Kontrollen an den deutschen Außengrenzen den Mythos der  
611 Push- und Pull-Faktoren. Bei der migrationswissenschaftlich schon lange widerlegten  
612 „Theorie“ handelt es sich um die Annahme, dass bestimmte Faktoren Menschen überhaupt  
613 erst dazu veranlassen würde zu flüchten. Klar ist aber, der Grund für Flucht aus dem eigenen  
614 Land ist immer eine Bedrohungssituation vor Ort. Trotzdem lässt sich zunehmend beobachten,  
615 dass Asyl- und Migrationspolitik sich an diesem Mythos orientiert. Als aktuelle Beispiele lassen  
616 sich dafür der Ruanda-Deal in Großbritannien oder auch die Einführung der Bezahlkarte in  
617 Deutschland nennen. Und so ist auch die Analyse, Grenzkontrollen in Deutschland würden  
618 Migration verhindern, schlichtweg falsch.

619 Die aktuelle Debatte zeigt noch einmal mehr, dass sich auf rechte Hetze eingelassen wird,  
620 statt tatsächlich wirksame Asyl- und Migrationspolitik umzusetzen. Wir als Jusos fordern schon  
621 lange eine humane Politik, die unter anderem sicher Fluchtrouten und eine feministische  
622 Außenpolitik verlangt.



623 Verstärkt wird das Ganze zusätzlich, wenn man einen kurzen Blick auf die EU-rechtliche Lage  
624 wirft. Der Schengen-Kodex – wie das EU-Recht heißt, welches die Grenzkontrollen regelt –  
625 besagt, dass EU-Staaten Grenzkontrollen mit einer Maximaldauer von bis zu drei Jahren  
626 einführen dürfen. Bedingung dafür ist, dass "Die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit  
627 ernsthaft bedroht" muss. Angebliche Gefahren durch Migration werden dabei immer wieder  
628 als Begründung geliefert, wie zum Beispiel auch in Österreich. Hier werden die  
629 Grenzkontrollen mit dieser Begründung seit mehreren Jahren immer wieder verlängert, und  
630 dass obwohl zwischenzeitlich der EuGH eingeschaltet wurde. Der allgemein herrschende  
631 Rassismus zeigt sich also auch darin, dass Migration als ernsthafte Gefahr für die innere  
632 Sicherheit gewertet wird, sodass Grenzkontrollen fortlaufend genehmigt werden.

633

634 Aber nicht nur beim Thema Asyl- und Migration wirken Grenzkontrollen innerhalb der EU  
635 destruktiv. Vorrübergehende Grenzkontrollen führten in der Vergangenheit zu übermäßigen  
636 Staus, was vor allem Pendler\*innen und den Handel eingeschränkt hat. Grenzkontrollen haben  
637 also auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Und auch realistisch betrachtet ist die  
638 Umsetzung der Kontrollen nur schwierig personell zu stemmen, wie beispielsweise die  
639 Gewerkschaft der Polizei anmerkt.

640 Die Debatte über die Grenzkontrollen ist noch in einer weiteren Hinsicht mehr als fragwürdig.  
641 Wenn man junge Menschen im EU-Wahlkampf gefragt hat, was sie mit der EU verbinden,  
642 dann war eine der häufigsten Antworten: Reisefreiheit.

643 Auch während des Wahlkampfes wurde von Politiker\*innen immer wieder die Reisefreiheit als  
644 größte Errungenschaft der EU genannt. Es ist hämisch, dies nur wenige Wochen nach der  
645 Europawahl nun wieder in Frage zu stellen.

646

647 **Deshalb fordern wir:**

- 648 • Keine Grenzkontrollen, sowohl an der deutschen Grenze als auch im Rest der EU
- 649 • Scheindebatten um die Grenzkontrollen durch neue und solidarische Ansätze und  
650 Theorien bereichern
- 651 • Das Respektieren des geltenden EU-Rechts ohne das Suchen von Schlupflöchern
- 652 • Die vollständige Erhaltung von Reisefreiheit innerhalb der EU
- 653 • Sichere Fluchtrouten und eine humane Asyl- und Migrationspolitik, die sich nicht am  
654 Push- und Pull-Mythos orientiert, beispielsweise durch die Stärkung von Zentren für  
655 Migration und Entwicklung, die vom BMZ finanziert werden

656